

# sonnenklar!



Angestellte des AKW Beznau während einer Revision. Tausende von Bauteilen rosten und verspröden unter der jahrelangen Bestrahlung, denen sie ausgesetzt sind. Viele können gar nicht überprüft, nur wenige ersetzt werden. Die Sicherheit von AKW nimmt mit dem Alter massiv ab. Deshalb ist klar: Die Uraltreaktoren Mühleberg und Beznau müssen vom Netz.

## Beznau und Mühleberg müssen vom Netz



von  
Florian Brunner,  
Schweizerische  
Energie-Stiftung



von  
Sabine von Stockar,  
Schweizerische  
Energie-Stiftung

Die Atomkraftwerke Mühleberg und Beznau gehören zu den ältesten Anlagen der Welt. Sie wurden in den 1960er- und 1970er-Jahren konzipiert und sind damit weit entfernt vom heutigen «Stand von Wissenschaft und Technik». Mit den Jahren treten, wie bei jeder technischen Anlage, auch bei AKW Ermüdungserscheinungen auf und die Ausfallrate der Komponenten nimmt mit steigender Betriebszeit drastisch zu (Grafik). Die dauernde radioaktive Bestrahlung erhöht diesen Effekt noch.

### Sicherheit abhängig von Einzelteilen

Die Sicherheit eines Atomkraftwerkes ist abhängig von der Funktionstüchtigkeit seiner Einzelteile. Und diese werden wegen der Hitze, dem sehr hohen Druck und der radioaktiven Strahlung stark beansprucht. Mit zunehmendem Alter – Mühleberg ist bereits 42 Jahre alt, Beznau sogar 45 – steigt das Risiko, dass einzelne Komponenten versagen. Und vielfach spielen verschiedene Alterungsprozesse zusammen: Der Stahl des Reaktordruckbehälters

etwa kann verspröden, korrodieren und ermüden. Die Folge: Die Funktionstüchtigkeit des Gesamtsystems sinkt massiv.

Hinzu kommt, dass Alterungseffekte nicht sicht- und kaum voraussehbar sind. Denn häufig sind es mikroskopisch kleine Veränderungen, die in der Grundstruktur des Materials entstehen. Schäden werden dann meist nur zufällig oder erst nach dem Versagen einer Komponente entdeckt. Viele Stellen in einem AKW sind nicht einmal zugänglich und kontrol-

lierbar. Extremsituationen – etwa ein überhitzter Reaktor, wie er in Fukushima auftrat – können nicht simuliert werden.

### Nachrüstungen haben begrenzte Wirkung

AKW-Betreiber betonen, dass die Werke dank Nachrüstungen komplett erneuert worden seien und nun über modernste Technik verfügen würden. Diese Aussage ist falsch. Das Wachstum der Risse im Kernmantel des AKW Mühleberg zum Beispiel konnte trotz eingebauten Zugankern nicht gebremst werden. In der Revision im Sommer 2014 wurden sogar neue, auch vertikal verlaufende Risse entdeckt. Ob die Zuganker einen schweren Unfall vermeiden können, ist nicht klar. Dazu kommt: Konzeptionelle Probleme bleiben meistens bestehen. Einige Komponenten können zwar ersetzt werden, andere wie zum Beispiel der Reaktordruckbehälter, das Herzstück einer Anlage, hingegen nicht. Die Nachrüstung alter AKW mit neuer Technologie kann sogar zu Folgefehlern führen, etwa dann, wenn alte und neue Systeme nicht zusammenpassen. Nachrüstungen bleiben also Stückwerke und ein AKW wird dadurch unter Umständen sogar gefährlicher.

Die Schweizer Atomaufsicht ENSI sieht der Alterung gelassen entgegen und verschleierte nach dem Prinzip der Willkür – oder nach ökonomischen Überlegungen – bestehende Sicherheitsdefizite. Schweizer AKW müssen offiziell nämlich nur dem «Stand der Nach-

rüsttechnik» genügen. Dieser nur in der Schweiz verwendete Begriff ist ein inhaltsleerer Massstab, da er nicht konkret festlegt, was damit gemeint ist.

### Weitere Kernschmelzen sind wahrscheinlich

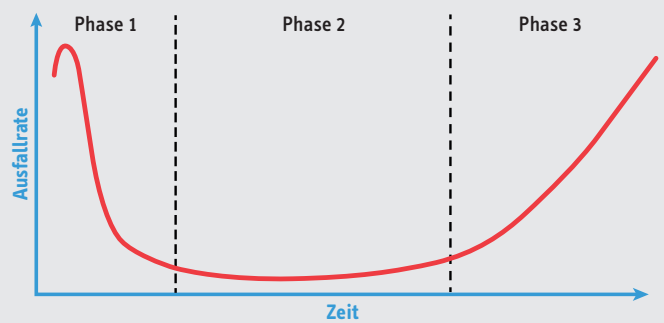
Missbräuchlich sind auch die Wahrscheinlichkeitsrechnungen, die für die Bestimmung der Häufigkeit von Kernschmelzen angewendet werden. Dabei werden Schwachstellen im Gesamtsystem eines AKW identifiziert. Die ermittelten Werte sind mit erheblichen Ungenauigkeiten verbunden. Es gibt zu wenig Erfahrungswerte aus AKW-Unfällen, um eine zutreffende Wahrscheinlichkeit zu berechnen, und Alterungseffekte können zudem nicht vollumfänglich berücksichtigt werden.

Die bisherigen Berechnungen weisen zudem schwere methodische Defizite auf: Die Atomindustrie geht von «einem schweren Unfall in 10 000 Betriebsjahren» aus. Inzwischen sind aber bereits fünf Kernschmelzen innerhalb von rund 6000 Betriebsjahren eingetreten. Nach Einschätzung von Fachleuten könnte ein Super-GAU sogar statt einmal in 10 000 Jahren auch einmal in 100 Jahren auftreten. Also sehr viel häufiger. Trotzdem wird das Risiko einer Kernschmelze weiterhin gesundgerechnet.

### Beznau und Mühleberg müssen vom Netz

Die Folgen dieser Rechnerei sowie der willkürlichen Sicherheitsbeurteilung sind gravierend: Weder das

## Funktionstüchtigkeit von AKW-Bauteilen



- Phase 1 Frühausfälle, die sich überwiegend aus fertigungsbedingten Fehlern ergeben.
- Phase 2 Zufallsausfälle, die unterschiedlichen Ursachen zuzuordnen sind.
- Phase 3 Verschleiss, Alterung. Diese Ausfälle sind in der Regel systematischer Natur.

Mit den Jahren treten bei technischen Anlagen gehäuft Ermüdungserscheinungen auf. Die Ausfallrate der Komponenten nimmt mit steigender Betriebszeit stark zu. Das gilt im Besonderen auch für Atomkraftwerke. Grafik: SES

AKW Mühleberg noch die beiden Reaktoren von Beznau sind ausreichend vor Flugzeugabstürzen geschützt. Der Reaktorbehälter von Beznau weist Korrosionsschäden auf, Mühleberg verfügt nur über eine unabhängige Kühlversorgung. Und wie es um die Erdbbensicherheit der Schweizer AKW steht, weiss niemand. Eine entsprechende Studie wird seit Jahren unter Verschluss gehalten.

Dieter Majer, ehemaliger Leiter der deutschen Atomaufsicht, hat im Auftrag der Schweizerischen Energie-Stiftung SES und von Greenpeace Schweiz die Schweizer AKW untersucht. Sein Fazit: «Die beiden Atomkraftwerke Mühleberg und Beznau sollten aus Sicherheitsgründen unverzüglich vom Netz genommen werden.»



## Nicht verpassen: Thuletuvalu, ein Film von Matthias von Gunten

Matthias von Guntens neuer Film zeigt den Wandel im Leben naturnah lebender Völker in Grönland (Thule) und auf der pazifischen Insel Tuvalu. Mit wunderbaren Bildern und starken, oft auch zum Schmunzeln verleitenden Interviews lernen wir etwas über das Leben in der Eiswüste und auf der abgeschiedenen Insel im Pazifik. Von Gunten nennt es im Vorspann «Sehnsuchts-Destinationen» seiner Jugend. Noch sehen wir etwas davon.

So verschieden die Bilder und Lebensarten sind – ein gemeinsames Schicksal verbindet Inuit und Tuvalessinnen und Tuvalessen heute: die Folgen des Klimawandels. Das schmelzende Eis beraubt die Inuit ihrer Jagdgründe und die Insel Tuvalu droht wegen des steigenden Meeresspiegels unterzugehen. Wie die Menschen damit umgehen, ringt Respekt ab. Und die Frage, ob uns das nicht auch etwas angeht, kann die Besucherin oder den Besucher schon mal streifen. Aber nur ganz behutsam und ohne Moralkeule. Ab 30. Oktober in den Schweizer Kinos.

Der Schweizerische Nationalpark im Unterengadin ist ein Wanderparadies erster Güte. Weitere sollen geschaffen werden. Im Bild: Il Jalet über dem Ofenpass.



**Nationalpärke sind Schatzkammern der Natur – und eine Chance für strukturschwache Regionen. Die geschützten Parklandschaften können touristisch genutzt werden. Es zeigt sich aber, dass viel Überzeugungsarbeit und stärkere staatliche Unterstützung nötig sind.**

# Die Schweiz braucht neue Nationalpärke



von  
**Silvia Semadeni,**  
Nationalrätin  
und Präsidentin  
Pro Natura

Am 1. August hat der Schweizerische Nationalpark (SNP) in Zernez sein 100-Jahr-Jubiläum gefeiert. 1914 als erster Nationalpark im Alpenraum entstanden, ist er eine Pioniertat des Naturschutzes. Schon damals erkannte der SP-Nationalrat Hermann Greulich: «Mit dem Nationalpark geben wir ein Beispiel, wie man dem Volk etwas erhalten kann, was zu erhalten würdig ist gegenüber einer Raubwirtschaft, die nur Geld gewinnen will.» Dies gilt heute umso mehr: Fast alle Wildnisgebiete sind verschwunden. Es werden immer neue und immer mehr Nutzungsansprüche an die Natur angemeldet. Die Zersiedelung der Landschaft, der Verlust der Biodiversität und auch die Klimaerwärmung verlangen nach einer naturverträglicheren Entwicklung. Doch weitere Nationalpärke als Instrument des Naturschutzes lassen bei uns auf sich warten.

Anders in unserer Nachbarschaft. Österreich hat in den letzten 25 Jahren sechs Nationalpärke geschaffen, die fast drei Prozent der Landesfläche bedecken. Im Mai dieses Jahres wurde in Baden-Württemberg der 15. deutsche Nationalpark eingeweiht: der Nationalpark Schwarzwald mit einer Fläche von 100 km<sup>2</sup>. 2015 wird in Rheinland-Pfalz der Nationalpark Hunsrück-Hochwald (100 km<sup>2</sup>) freigegeben.

Diese neuen Nationalpärke sind keine Totalreservate wie der SNP. Die Betreiber orientieren sich an den neuen Kriterien der Weltnaturschutzunion IUCN. Das bedeutet, dass in einer Kernzone die Natur sich selbst überlassen wird und in einer Umgebungszone wirtschaftliche Aktivitäten erlaubt sind. Die lokalen Ressourcen müssen aber nachhaltig genutzt werden. In den als Kernzone ausgewählten Gebieten wird während einer Übergangszeit von bis zu 30 Jahren mit geeigneten Massnahmen die Entstehung der Wildnis unterstützt.

## **Nationalpärke sind wirtschaftlich interessant ...**

Nationalpärke bieten zahlreiche Arbeitsplätze an. Im Nationalpark

Schwarzwald etwa entstehen bis 2016 fast 90 Vollzeitstellen. Die Angestellten erfüllen umfangreiche Aufgaben in den Sparten Naturschutz, Waldwirtschaft, Umweltbildung, Tourismus und regionale Koordination. Dazu kommen verschiedene wissenschaftliche Forschungsprojekte. Bund und Land stellen die Finanzierung sicher.

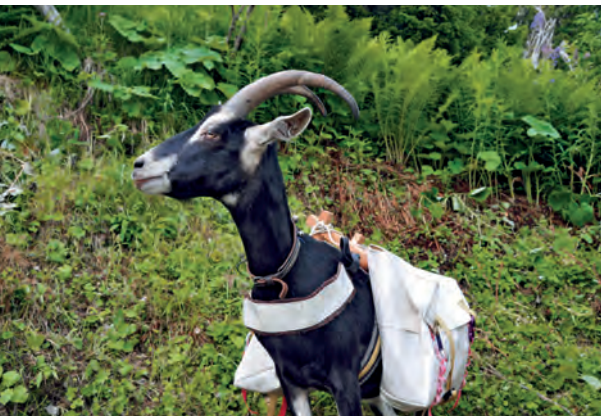
Nationalpärke sind sowohl als Schatzkammern der Natur wie auch als Tourismusmagnete und damit als Instrumente der Regionalentwicklung inzwischen weltweit anerkannt – eigentlich auch in der Schweiz. Um auch hierzulande neue Pärke zu schaffen, hat Pro Natura im Jahr 2000 die Kampagne «Gründen wir einen neuen Nationalpark!» lanciert. Darauf wurden sechs Nationalparkprojekte entwickelt: Locarnese (TI), Adula (GR/TI), Haut Val de Bagnes (VS), Les Muerans (VD/VS), Matterhorn (VS) und Maderental (UR). 2006 verabschiedete das Parlament mit voller Unterstützung der SP die gesetzliche Grundlage für drei Parkkategorien. Heute sind 14 Regionalpärke und der Naturerlebnispark Sihlwald bei Zürich Realität. Weitere Pärke sind in Planung.

Von den ursprünglich sechs Nationalparkprojekten werden zwei weiterverfolgt: Locarnese mit einer Fläche von 222 km<sup>2</sup> und Adula, 1064 km<sup>2</sup> gross. Sie sind im Aufbau. Die Projekte in der Zentral- und der Westschweiz hatten leider zu wenig Rückhalt in der Bevölkerung.

## **... und eine Chance für strukturschwache Regionen**

Insbesondere für strukturschwache Regionen, die in einer weitgehend intakten Landschaft liegen und unter Abwanderung leiden, bieten Pärke eine Entwicklungsperspektive. Damit neue Pärke entstehen können, ist aber viel Überzeugungsarbeit nötig. Die Bevölkerung muss bereit sein, Gewohnheiten zu ändern und auf Partikularinteressen zu verzichten. Dann kann sie die Vorteile nutzen, die ein neuer Park für die Gemeinschaft bringt.

Feriengäste suchen auf der ganzen Welt gezielt nach Regionen mit naturnahen Angeboten. Das Label Nationalpark ist da die beste Garantie für echte Naturerlebnisse. Und das hat positive ökonomische Folgen, wie der Nationalpark im Unterengadin und im Münstertal



Bereits heute tragen im Gebiet des geplanten Nationalparks Adula Ziegen Regenjacken und Käsebrote von Wanderfreudigen über die Berge. Das wäre auch künftig möglich.

Foto: Sandra Koch



Auch ProduzentInnen lokaler Spezialitäten wie Giocondo und Alessandra Lorini aus Ronco sopra Ascona profitieren vom Parklabel und dessen Anziehungskraft.

Foto: Gianro Cugini

zeigt: 2012 wurde eine touristische Wertschöpfung von rund 20 Millionen Franken ausgewiesen.

### Neue Nationalpärke sind erwünscht

Neue Nationalpärke sind also auch in der Schweiz erwünscht. Die Unterstützung durch Bund und Kantone ist vorerst gesichert. Die eidgenössischen Räte haben den Pärkecredit kürzlich von 10 auf 20 Millionen Franken erhöht. Es zeigt sich aber, dass nebst viel Überzeugungsarbeit mehr staatliche Unterstützung nötig ist.

Pro Natura bietet zwar für beide Parkprojekte je eine Million Franken, um den Nutzungsverzicht in der Kernzone zu entschädigen, aber das genügt nicht. Und im Gesetz klafft gerade in diesem Punkt eine Lücke: Es sind noch keine Abgeltungen für entgangene Nutzungen vorgesehen. Das ist zu ändern. In den nächsten Jahren erhält nämlich die Bevölkerung in den Parkgebieten Adula und Locarnese die historische Chance, den Grundstein für die Entwicklung zweier neuer Nationalpärke zu legen. Dann sollten die Voraussetzungen für ein Ja möglichst gut sein.

## Arbeitskreis «sonnenklar!»

Der Arbeitskreis «sonnenklar!» will die Energie- und Umweltpolitik der SP Schweiz bekannt machen und umsetzen. Er setzt sich aus Energie- und Umweltfachleuten der SP-Fraktion der Bundesversammlung sowie weiteren interessierten Fachleuten zusammen. Die Spendeneinnahmen von «sonnenklar!» werden zweckgebunden für politische Kampagnen und Projekte in der Energie- und Umweltpolitik eingesetzt.

Bisher wurden folgende Vorhaben und Organisationen mit finanziellen Beiträgen unterstützt:

- SUFO – Sozial- und Umweltforum Ostschweiz
- «Bern erneuerbar» (Abstimmung vom 3. März 2013)
- Allianz Nein zu neuen AKW
- Verein Landschaftsinitiative
- Komitee Mühleberg-Verfahren
- Lancierung und Einreichung der Cleantech-Initiative der SP
- Einsprache gegen das Gesuch um eine unbefristete Betriebsbewilligung des AKW Mühleberg
- Klima-Initiative (von der SP mitlanciert)
- Verein Klima-Initiative
- SP-Energiegipfel «erneuerbar statt atomar»
- Erarbeitung des Perspektivpapiers der SP Schweiz «Sicher und effizient umsteigen: Unterwegs zur Vollversorgung mit erneuerbaren Energien»
- «KLAR! Schweiz» für die Unterstützung der Expertise von John Large zum so genannten Entsorgungsnachweis der Nagra
- Finanzierung eines juristischen Gutachtens «Mitsprache beim Bau neuer AKW»
- Beitrag für die Allianz «JA zur Initiative für den öffentlichen Verkehr»
- Verein Nein zu einer zweiten Gotthardröhre



Kulturlandschaften wie etwa die Altstadt von Laufenburg geraten durch die Energiewende vermehrt unter Druck. Aus Sicht der Energieversorgung ist es jedoch völlig unnötig, schützenswerte Gebäude und organisch gewachsene Dachlandschaften mit Solaranlagen auszurüsten.

Hat die Revision des Natur- und Heimatschutzgesetzes Erfolg, haben bedeutende Kulturlandschaften wie der Rheinfall künftig einen geringeren Stellenwert als kantonale Tourismusanlagen, Deponien oder Strassen.



Fotos: Schweizer Heimatschutz

Mit der geplanten Energiewende geraten Baudenkmäler und Kulturlandschaften unter Druck. Die Förderung der erneuerbaren Energien darf aber nicht auf deren Kosten geschehen. Das ist auch nicht nötig, denn es sind z. B. genügend andere Dachflächen für Solaranlagen verfügbar.

# Heimatschutz und Energiewende sind kein Widerspruch



von  
Adrian Schmid,  
Geschäftsführer  
Schweizer  
Heimatschutz

## Gefahr für den Heimatschutz

Anfang September diskutierte die ständerätliche Umweltkommission ein weiteres Mal über das Natur- und Heimatschutzgesetz. Es soll revidiert werden. Die geplante Revision geht auf eine parlamentarische Initiative von Ständerat Joachim Eder (FDP ZG) zurück und verlangt – unter dem Aspekt der Energiewende – eine massive Schwächung des bestehenden Gesetzes. Konkret soll von der ungeschmälernten Erhaltung im Sinne der Inventare abgewichen werden, wenn gleich oder höher gewichtete Interessen des Bundes und der Kantone dafür sprechen. Im Klartext heisst das, bedeutende Kulturlandschaften und Baudenkmäler haben gegenüber kantonalen Tourismusanlagen, Deponien oder Strassen einen geringeren Stellenwert. Auch die Gutachten der beiden Kommissionen für Natur- und Heimatschutz sowie für Denkmalpflege (EKD) werden deutlich geringer gewichtet.

Diese Einschränkung ist unnötig. Dazu ein Blick in die Statistik: Von 2007 bis 2012 begutachtete die EKD

insgesamt 100 Projekte. Lediglich drei davon waren energierelevant. Konkret ging es um Fragen der Restwassermengen und um den Schutz eines Wehrs.

## Für die Energiewende nicht relevant

Für die Energiewende ist es in keiner Art und Weise relevant, den Schutz unserer Ortsbilder, Baudenkmäler und schützenswerten Landschaften aufzuweichen. Von den 1,8 Millionen Gebäuden in der Schweiz sind lediglich 90 000 Gebäude als Denkmäler geschützt (fünf Prozent). Weitere rund zehn Prozent – Ortsbilder, Gebäudegruppen u. Ä. – sind von denkmalpflegerischem Interesse.

Die 90 000 denkmalgeschützten Objekte müssen nicht mit Solaranlagen bestückt werden, denn sie sind aufgrund oft verwinkelter Dachflächen unter den Aspekten der Effizienz und der Effektivität nicht relevant. Und unsere Altstädte schneiden bezüglich Energieeffizienz oft besser ab als Siedlungen mit

hohem Energiestandard. Der Heizwärmebedarf beträgt in einer typischen Schweizer Altstadt 173 MJ/m<sup>2</sup> im Jahr. In Siedlungen mit Energiestandard aus dem Jahr 2009 sind es dagegen 249 MJ/m<sup>2</sup> pro Jahr.

Laut Branchenverband Swissolar wird nur die Hälfte der knapp 200 Quadratkilometer zur Verfügung stehenden Dachflächen gebraucht, um den vom Bundesrat in den Energieperspektiven 2050 definierten Anteil Strom aus Photovoltaik zu erreichen (20 Prozent). Es ist also völlig unnötig, die Baudenkmäler mit Solaranlagen zuzubauen.

## Pflicht für Solaranlagen bei Neubauten

Der Schweizer Heimatschutz begrüsst hingegen eine verbindliche Pflicht zur Realisierung von Solaranlagen bei Neubauten. Denn bei Neubauten kann mit einem verhältnismässig geringen und praktikablen Aufwand ein hoher Nutzen erzeugt werden. Die Energiewende muss dem Prinzip folgen, dass mit möglichst wenigen Eingriffen höchstmöglicher Nutzen erzielt wird.

Die Schweiz kann auf eine enorm vielfältige Kulturgeschichte zurückblicken, die eine reichhaltige Baukultur mit Denkmälern unterschiedlichster Art hervorgebracht hat. Diese sind heute ein wesentlicher Teil unserer Identität und unseres Verständnisses von Heimat.

Das baukulturelle Erbe hat zudem eine nicht zu unterschätzende Funktion für den Zusammenhalt der föderalen Schweiz in einer globalisierten Welt. Und seine Bedeutung nimmt aufgrund der rasanten Bautätigkeit und der anstehenden Energieperspektiven noch zu. Dem ist bei der Energiewende verbindlich Rechnung zu tragen und das Natur- und Heimatschutzgesetz darf nicht geschwächt werden.

**Auch die Schweiz muss ihren Beitrag leisten, damit das Klima nicht überhitzt. Eine Petition der Klima-Allianz Schweiz, deren Mitglied die SP ist, verlangt bis 2050 eine Energieversorgung durch erneuerbare Energien. «sonnenklar!» hat mit Patrick Hofstetter gesprochen.**

# Klima-Allianz lanciert Petition für Klimagerechtigkeit



Patrick Hofstetter,  
Leiter Klima &  
Energie,  
WWF Schweiz

## Patrick Hofstetter, kann sich die Welt noch retten? Können wir den Klimawandel wirklich bremsen?

Einige Szenarien zeigen, dass dies zumindest technisch und wirtschaftlich möglich ist. Vermutlich werden dann auch Techniken nötig, um der Atmosphäre CO<sub>2</sub> zu entziehen. Vorübergehend würde die Mitteltemperatur zwar weiter ansteigen, aber eine Stabilisierung wäre möglich, wenn wir jetzt handeln.

## Handeln tut also not. Was wäre ein gerechter Beitrag der Schweiz an einen wirksamen Klimaschutz?

Er würde beinhalten, dass unser Energiesystem bis 2050 auf 100 Prozent erneuerbare Energien umgestellt würde. Das gilt für die Schweiz und weltweit. Die Petition verlangt aber auch, dass die Schweiz bereits bis 2030 ihre Treibhausgase um 60 Prozent reduziert. Und sie verlangt, dass sie Länder finanziell unterstützt, die besonders vom Klimawandel betroffen sind und sich die Transformation nicht leisten können. Diese Unterstützung darf aber nicht zu Lasten der bestehenden Armutsbekämpfung gehen.

## In der Petition wird der Begriff «Klimagerechtigkeit» geprägt. Was heisst das?

Jedes Land soll seine Verantwortung an der Klimaveränderung wahrnehmen und gemäss seinen wirtschaftlichen und politischen Möglichkeiten handeln. Das macht die Schweiz heute noch nicht. Der Bundesrat hat

ein Reduktionsziel festgelegt, das sich mit einer Beschränkung der weltweiten Erwärmung bis 2020 auf zwei Grad nicht verträgt. Aber genau dieses Ziel hat die Schweiz an den bisherigen Klimaverhandlungen mit ihrer Unterschrift abgesehen und in der Folge auch ins Schweizer CO<sub>2</sub>-Gesetz aufgenommen.

## Von wegen Klimagerechtigkeit: Appelliert die Klima-Allianz nun hauptsächlich an die Moral?

Durchaus. Die Wissenschaft liefert zwar Eckpunkte, auf die wir uns stützen. Aber beim «Herunterbrechen» der globalen Herausforderung auf einzelne Länder, Menschen und Zeitabschnitte sind moralische Fragen zu beantworten. Wer muss und wer kann bis wann wie viel tun? Diese Fragen stellen sich, denn die Länder haben in der Vergangenheit unterschiedlich stark zum Klimaproblem beigetragen und leiden heute unterschiedlich stark darunter. Das Verursacherprinzip wird heute gravierend verletzt.

## Die Schweiz steht in der Klimapolitik gar nicht so schlecht da. Was muss sie besser machen?

Die Schweiz konnte die Emissionen gegenüber 1990 bisher lediglich stabilisieren. Steigende Emissionen im Verkehr und immer noch zu viele Ölheizungen verhindern Fortschritte. Damit kann sie ihren Anteil ans Zwei-Grad-Ziel nicht leisten. Die EU macht deutlich mehr für den Klimaschutz als die Schweiz.

## Müsste sich die Petition nicht eher an die Staatschefs der USA und Chinas richten?

In der Tat sind das die beiden grössten Emittenten. Sie sind stark gefordert. US-Präsident Barack Obama steht unter dem grossen Druck



Die PetitionärInnen wollen Bundesrätin Doris Leuthard zur Schutzpatronin des Klimas machen. Sie wäre prädestiniert für diesen Job, denn sie hat bereits den Auftrag des Parlamentes gefasst, eine klimaverträgliche Energiewende umzusetzen. Im Bundesrat hat sie eine starke Position und in der Bevölkerung ist sie beliebt.

seiner WählerInnen. Er muss hier Fortschritte erzielen. Und für China ist Klimaschutz ein Muss, weil das Land wegen der gigantischen Luftverschmutzung und Ressourcenproblemen die Verbrennung fossiler Energien zurückfahren muss. Jedes Land muss seinen Beitrag leisten.

## Müssen wir jetzt nicht alle Kraft in die Energiewende investieren?

Unbedingt. Die Energiewende ist der Ausstieg aus nuklearen und fossilen Risiken und der Umstieg auf Effizienz und erneuerbare Energien. Deshalb ist das kein Widerspruch, sondern eine zwingende Komponente.

## Wann wissen wir, ob die Petition etwas gebracht hat?

Der Bundesrat dürfte im November einen Vorentscheid zur schweizerischen Klimapolitik bis 2030 fällen. Bis Ende März 2015 sollen alle Länder ihre Klimaschutzangebote an die Uno melden. Wenn die Schweiz dann Zwei-Grad-Ziel-kompatible Verpflichtungen anbietet, war die Petition erfolgreich.

## Patrick Hofstetter, besten Dank für das Gespräch.

**Unterzeichnen Sie die Petition für eine gerechte Klimapolitik:**  
[www.klima-allianz.ch](http://www.klima-allianz.ch)

## Meine Umwelt ist mir etwas wert

Wenn Sie die umweltpolitischen Projekte der SP Schweiz unterstützen und «sonnenklar!» vierteljährlich erhalten wollen, senden Sie bitte Ihre Adresse an:  
[sonnenklar@spschweiz.ch](mailto:sonnenklar@spschweiz.ch)



**Impressum sonnenklar!** erscheint viermal im Jahr in Deutsch und Französisch. Abonnement für Gönnerinnen und Gönner im Spendenbetrag ab Fr. 5.– für drei Jahre enthalten. Spenden: PC 30-66582-6, sonnenklar, 3001 Bern. **Herausgabe/Redaktion:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz, Spitalgasse 34, 3001 Bern. Fax 031/329 69 70, E-Mail [sonnenklar@spschweiz.ch](mailto:sonnenklar@spschweiz.ch) **Redaktion:** Jacqueline Badran, Nationalrätin; Didier Berberat, Ständerat; Pascale Bruderer, Ständerätin; Max Chopard, Nationalrat; Claudia Friedl, Nationalrätin; Chantal Gählinger, politische Fachsekretärin; Reto Gamma, Projektleiter Fundraising; Beat Jans, Nationalrat; Barbara Marty Kälin, alt Nationalrätin; Jacques-André Maire, Nationalrat; Nadine Masshardt, Nationalrätin; Roger Nordmann, Nationalrat; Eric Nussbaumer, Nationalrat; Rudolf Rechsteiner, alt Nationalrat; Silva Semadeni, Nationalrätin. **Redaktionelle Bearbeitung und Produktion:** Gallati Kommunikation, Zürich. **Gestaltung:** Purpur AG für Publishing und Communication, Zürich. Gedruckt in der Schweiz. **Auflage:** 50 000 Expl.



Gedruckt auf FSC-zertifiziertem Papier. SGS-COC-2086. FSC-Trademark 1996. Forest Stewardship Council A. C.